



Name	Vorname
Straße/Hausnummer	
Postleitzahl/Wohnort	
Telefon	Geburtsdatum
E-Mail	
Betrieb: Name und Ort	
☐ männlich	☐ weiblich
☐ Auszubildende/r bis:	☐ vollzeitbeschäftigt
☐ gewerbl. Arbeitnehmer/in	☐ Angestellte/r
☐ kaufm.	☐ techn.
☐ Meister	
Nationalität	
Mitgliedsbeitrag (1 % des monat. Bruttoverdienstes)	ab Monat
geworben durch (Name und Betrieb)	

Einzugsermächtigung/Bankverbindung	
Kto.Nr.	Bankleitzahl
Name des Kreditinstituts	
in PLZ	Ort
Ich bestätige die Angaben zu meiner Person, die ich der IG Metall zum Zwecke der Datenerfassung im Zusammenhang mit meinem Beitritt zur Verfügung stelle. Ich bin darüber informiert, dass die IG Metall zur Erfüllung ihrer satzungsgemäßen Aufgaben und unter Beachtung der datenschutzrechtlichen Vorschriften personenbezogene Angaben über mich mit Hilfe von Computern verarbeitet. Hiermit ermächtige ich widerruflich die IG Metall, den jeweils von mir nach § 5 der Satzung zu entrichtenden Mitgliedsbeitrag von 1 % des monatlichen Bruttoverdienstes bei Fälligkeit einzuziehen. Diese Einzugsermächtigung kann ich nur schriftlich mit einer Frist von sechs Wochen zum Quartalsende gegenüber der IG Metall widerrufen. Änderungen meiner Daten werde ich unverzüglich der IG Metall mitteilen.	
Ort/Datum/Unterschrift	

Städte und Gemeinden retten statt ruinieren!

Deutschlands Städte und Gemeinden können nur gerettet werden, wenn ihre Einnahmen vermehrt werden. Deshalb muss die Gewerbesteuer zu einer Gemeindegewerbesteuer weiterentwickelt werden. Zu der würden auch bisher nicht erfasste freie Berufe und Selbstständige beitragen. Durch Freibeträge und die Beibehaltung der Anrechnung auf die Einkommensteuer würde sichergestellt, dass die große Mehrzahl der Selbstständigen nicht zusätzlich belastet würde. Gleichzeitig würde die Steuer auch auf die Teile der auf dem Gebiet der Gemeinde erarbeiteten Einkommen erhoben, die als Zinsen, Mieten, Pachten oder Leasingraten anderswo ansässigen Kapitalgebern zufließen. So bleiben auch die Einnahmen der Gemeinden in schlechten Zeiten stabiler.

Für die am stärksten verschuldeten und unter Massenarbeitslosigkeit und Krise leidenden Städte

und Gemeinden ist ein Rettungsfonds notwendig, der sie aus der Schuldenfalle holt. Der Bund muss einen höheren Anteil an den Unterkunftskosten für ALG II-Beziehende und für die Grundsicherung im Alter übernehmen. Gleichzeitig müssen die Länder ihre Zuweisungen an die Städte und Gemeinde erhöhen und stärker am Finanzbedarf der hoch verschuldeten Städte ausrichten.



Angesichts der dramatischen Notlage der Gemeinden müssen Reiche und finanzstarke Unternehmen mehr zur Finanzierung beitragen.

Die Steuereinnahmen der Länder wiederum müssen durch die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer und eine Erhöhung der Erbschaftsbesteuerung von großen Vermögen und Betriebsvermögen gestärkt werden.

Statt die Gewerbesteuer abzuschaffen, muss sie gestärkt werden. Die Einnahmen und die Finanzkraft der Städte und Gemeinden müssen verbessert werden, damit sie ihre sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Aufgaben erfüllen können. Insbesondere den überschuldeten und finanziell bereits handlungsunfähigen Kommunen muss unverzüglich geholfen werden.

Wir fordern:

- ▲ Die Gewerbesteuer muss zu einer Gemeindegewerbesteuer weiterentwickelt werden;
- ▲ einen Rettungsfonds für die am stärksten verschuldeten und unter Massenarbeitslosigkeit und Krise leidenden Städte und Gemeinden;
- ▲ erhöhte Zuweisungen des Bundes und der Länder an die Städte und Gemeinden;
- ▲ die Wiedererhebung der Vermögensteuer und eine verbesserte Erbschaftssteuer.

Mehr Infos: www.igmetall-bezirk-frankfurt.de

IMPRESSUM:

Herausgeber
IG Metall-Bezirksleitung Frankfurt am Main
Wilhelm-Leuschner-Straße 93
60329 Frankfurt am Main
www.igmetall-bezirk-frankfurt.de
Redaktion: Dorothee Wolf, Alexander Scharff
Verantwortlich: Armin Schild
Gesamtherstellung: apm AG, Kleyerstraße 3, 64295 Darmstadt

Wir danken dem Ressort Wirtschaftspolitik der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft für die freundliche Unterstützung und Überlassung der Materialien.

www.igmetall-bezirk-frankfurt.de



Bezirk
Frankfurt

KURSWECHSEL FÜR EIN GUTES LEBEN

4





GEMEINDEN IN DER FINANZKRISE

Schon seit Jahren werden in Städten und Gemeinden Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger abgebaut, verschlechtert und verteuert. Schwimmbäder, Bibliotheken, Theater werden geschlossen. Straßen und Gebäuden werden nicht mehr instandgehalten, Zuschüsse für den öffentlichen Nahverkehr gekürzt. Eintrittspreise für Museen, Zoos, Bäder, Kultur so erhöht, dass viele sie sich nicht mehr leisten können. Die Gebühren für Kita, Straßenreinigung, Büchereien usw. steigen bis zur Schmerzgrenze.

Der Grund ist die notorische Finanznot. Mit der Wirtschafts- und Finanzkrise hat sich diese Finanznot vieler Städte und Gemeinden dramatisch zugespitzt. Schon zuvor haben wiederholte Steuersenkungen die Gemeinden finanziell ausgeblutet. Gleichzeitig wurden ihnen die steigenden Arbeitslosigkeits- und Sozialkosten aufgebürdet.



Die katastrophale Finanzlage der Städte und Gemeinden höhlt die kommunale Selbstverwaltung und damit die Demokratie aus.

2009 verbuchten Städte und Gemeinden ein Finanzierungsdefizit von über sieben Milliarden Euro. Für 2010 werden sogar 15 Milliarden Euro erwartet. Die Gewerbesteuerereinnahmen brachen 2009 um 20 Prozent bzw. fast sieben Milliarden Euro ein – von über 34 auf unter 28 Milliarden Euro. Kassenkredite, die nur für kurzfristige Engpässe gedacht sind, steigen seit Jahren. Sie erreichten einen neuen Rekord von 35 Milliarden Euro.

Druck steigt weiter

Dennoch glaubt die schwarz-gelbe Bundesregierung, auf die Gewerbesteuer – die mit Abstand wichtigste Gemeindesteuer –

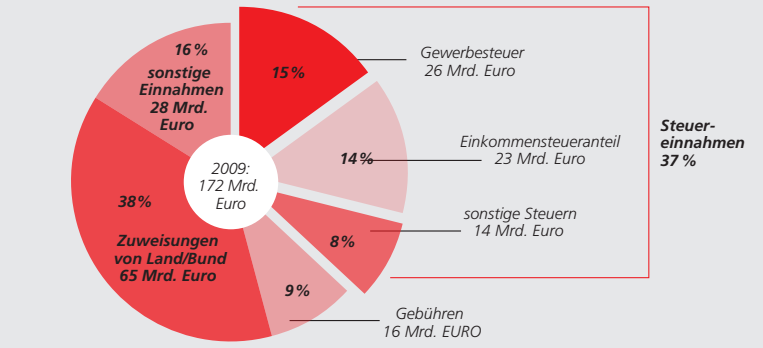
verzichten zu können. Eine neue Gemeindefinanzkommission soll prüfen, ob sie durch einen Zuschlag auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer und einen höheren Anteil der Kommunen an der Mehrwertsteuer zu ersetzen ist.



Abschaffung der Gewerbesteuer bedeutet weitere Umverteilung zulasten der Bürgerinnen und Bürger.

Ein Zuschlag auf die Einkommensteuer würde die Beschäftigten zusätzlich belasten. Unternehmen würden wegen der weggefallenen Gewerbesteuer dagegen weiter entlastet. Gerade finanzschwächere Kommunen sowie Städte mit bisher hohen Gewerbesteuerereinnahmen müssten ihre Bürgerinnen und Bürger verstärkt zur Kasse bitten.

Woher bekommen Gemeinden ihr Geld?



Fast 40 Prozent ihrer Einnahmen erhalten die Gemeinden aus Steuern. Ebenfalls fast 40 Prozent sind Zuweisungen von Bund und Ländern. Teilweise sind diese an bestimmte Zwecke gebunden, teilweise sollen sie die unterschiedliche Finanzkraft der Gemeinden ausgleichen. Quelle: Gemeindefinanzbericht



Auch die Einheitlichkeit sozialer Leistungen stellt die neue Kommission infrage. In den ärmeren Kommunen droht den Menschen dann weniger Grundsicherung, weniger Wohngeld. Oder Kitagruppen werden vergrößert. Die „Gleichwertigkeit von Lebensverhältnissen“ als ausdrückliches Verfassungsziel würde endgültig unter die Räder kommen. Genau das will aber die FDP! Seit langem diffamiert sie die geforderte Gleichwertigkeit als „Gleichmacherei“.

Schlechte Aussichten

Schon heute ist klar, dass sich die Probleme der kommunalen Finanzen in den kommenden Jahren weiter verschlimmern werden. Die Steuereinnahmen der Gemeinden bleiben um fast 20 Prozent hinter den Schätzungen aus 2008 zurück. Damit nicht genug: Das von der Großen Koalition verkündete Sparpaket droht den wirtschaftlichen Aufschwung abzuwürgen. Die Langzeitarbeitslosigkeit bleibt hoch, die Kürzungen des Bundes belasten die Städte

und Gemeinden mit Mehrausgaben. Durch die 2009 beschlossene Schuldenbremse dürfen auch die Länder ab 2020 keine neuen Schulden mehr machen. Das wird den Druck verstärken, die Zuweisungen an die Kommunen – immerhin fast 40 Prozent ihrer gesamten Einnahmen – zu senken. Um dann noch die drängendsten Ausgaben finanzieren zu können drohen weitere Privatisie-

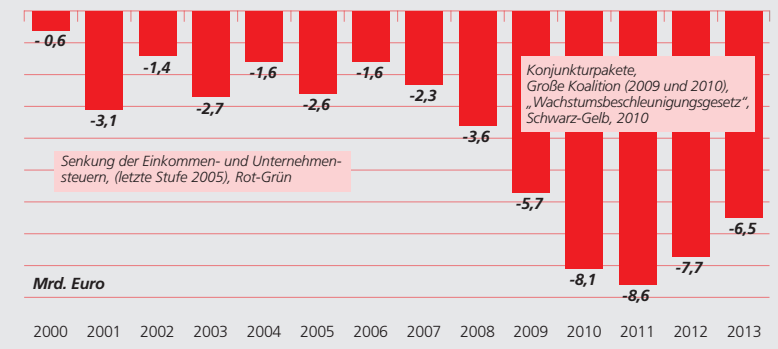
rungen und eine Verschleuderung noch verbliebenen öffentlichen Eigentums.



Die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse muss auch weiterhin das Ziel bleiben.

Städte und Gemeinden bluten aus

Einnahmeausfälle durch Steueränderungen seit 1998



Steuersenkungen reißen schon seit Jahren riesige Löcher in die Haushalte von Städten und Gemeinden. Aktuell geht die Hälfte des Rekorddefizits auf das Konto von Steuersenkungen. Quelle: Eicker-Wolff/Truger